



Maßstab 1:1000

Mit Inkrafttreten dieses Planes treten die bisherigen städtebaulichen Vorschriften außer Kraft, soweit deren Gegenstände in diesem Plan geregelt sind oder ihm widersprechen.

Zeichenerklärung

Festsetzungen des Bebauungsplanes

Art und Maß der baulichen Nutzung

Wohnbauflächen

- WR Reine Wohngebiete
- WA Allgemeine Wohngebiete
- WS Kleinsiedlungsgebiete

Gemischte Bauflächen

- MI Mischgebiete
- MK Kerngebiete
- MD Dorfgebiete

- Baulinie
- Baugrenze
- Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung
- Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes
- Einrichtung

Gewerbliche Bauflächen

- GE Gewerbegebiete
- GI Industriegebiete

Sonderbauflächen

- SW Wohnwandgebiete
- SO Sondergebiete z.B. Ladengebiete
- Flächen oder Baugrundstücke für den Gemeinbedarf
- Schule
- Kindertagesstätte
- Kindergarten
- Kirche

- III Zahl der Vollgeschosse als Höchstgrenze
- III Zahl der Vollgeschosse zwingend
- 0.2 Grundflächenzahl
- 1.0 Geschosflächenzahl
- 3.0 Baumassenzahl
- O Offene Bauweise
- mit Einzel- und Doppelhäusern zulässig
- nur Hausgruppen zulässig
- 9 Geschlossene Bauweise

Verkehrsflächen

- Strassenverkehrsflächen
- Offentliche Parkflächen
- Strassenbegrenzungslinie
- Begrenzung sonstiger Verkehrsflächen
- Zufahrtsverbot
- Führung oberirdischer Versorgungsanlagen
- Arkaden
- Auskragung
- Flächen für Aufschüttungen

Weitere Nutzungsarten

- Flächen oder Baugrundstücke für Versorgungsanlagen z.B. Umformstation
- Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen
- Führung oberirdischer Versorgungsanlagen
- Arkaden
- Auskragung
- Flächen für Aufschüttungen
- Flächen für Stellplätze von Gärten
- St. Stellplätze
- Ga. Garagen
- GSt. Gemeinschaftsstellplätze
- GSt. Gemeinschaftsgaragen

Grünflächen, Flächen für die Landwirtschaft und die Forstwirtschaft

- Flächen für die Landwirtschaft
- Flächen für die Forstwirtschaft
- Flächen für Land- oder Forstwirtschaft
- Friedhof

- Grünflächen z.B. Spielplatz
- Parkanlage
- Dauerklingarten
- Sportplatz

Nachrichtliche Übernahmen

- Naturschutz (N) oder Landschaftsschutzgebiet (L)
- Wasserschutz (W), Quellschutz (Q) oder Überschwemmungsgebiet (U)
- Flächen für Bahnanlagen

Bestandsangaben

- Wohngebäude
- Wirtschafts- und Industriegebäude
- Wasserflächen, Hafen
- 95.1 Straßenbreiten nach (gepl.)

Folgende Festsetzungen gelten außerdem:

Anlagen, Einrichtungen und Bauten, die dem Nutzungszweck der Friedhofserweiterung dienen und die ihrer Eigenart nicht widersprechen sind zulässig.

Nach § 9 (1) des Fernstraßengesetzes sind in der 20,00 m breiten Bauverbotszone, außer gartenartigen Anlagen, Bauten und Gräberfelder nicht zulässig.

Die Einfriedigung des Friedhofes entlang der B. 6 ist lückenlos und ohne Durchläß auszuführen.

<p>Die Planunterlage entspricht den Anforderungen des § 1 der Planzeichenvorschrift vom 19. 1. 1955.</p> <p>Hildesheim, den 23. Mai 1967</p> <p>Stadtvermessungsamt</p> <p><i>Dr. Roesler</i></p> <p>Stadtvermessungsoberrat</p>	<p>Für die Aufstellung des Planentwurfs</p> <p>Hildesheim, den 23. Mai 1967</p> <p>Stadtplanungsamt</p> <p><i>Krause</i></p> <p>Stadtbauführer</p>	<p>Dem Entwurf mit Begründung zu diesem Bebauungsplan hat gem. § 12 Bundesbaugesetz vom 23. 6. 1960 in der Zeit vom 29. Nov. bis 30. Dez. 1968 zu jedem Mann Einsicht öffentlich ausliegen.</p> <p>Die Auslegung ist am 21. Nov. 1968 auf dem Hinweis auf die Möglichkeit zur Erhebung von Abregungen und Bedenken während der Auslegungsfrist bekanntgemacht worden.</p> <p>Hildesheim, den 8. Jan. 1969</p> <p><i>Krause</i></p> <p>Stadtbaudirektor</p>	<p>Der Entwurf mit Begründung zu diesem Bebauungsplan hat gem. § 12 Bundesbaugesetz vom 23. 6. 1960 in der Zeit vom 29. Nov. bis 30. Dez. 1968 zu jedem Mann Einsicht öffentlich ausliegen.</p> <p>Die Auslegung ist am 21. Nov. 1968 auf dem Hinweis auf die Möglichkeit zur Erhebung von Abregungen und Bedenken während der Auslegungsfrist bekanntgemacht worden.</p> <p>Hildesheim, den 8. Jan. 1969</p> <p><i>Krause</i></p> <p>Stadtbaudirektor</p>
<p>Der Entwurf zu diesem Bebauungsplan wurde auf Grund des gem. § 2 (6) Bundesbaugesetz vom 23. 6. 1960 vorgebrachten Anregungen und Bedenken geändert. Der Rat der Stadt Hildesheim hat in der Sitzung am 24. 3. 1969 zugestimmt.</p> <p>Hildesheim, den 24. 3. 1969</p> <p>Stadtbaudirektor</p>	<p>Dieser Bebauungsplan wurde gem. § 10 Bundesbaugesetz vom 23. 6. 1960 u. § 6 (1) der Niedersächsischen Gemeindeordnung vom 4. 3. 1955 vom Rat der Stadt Hildesheim in der Sitzung vom 24. 3. 1969 als Satzung beschlossen. Die Begründung ist gem. § 9 Bundesbaugesetz vom 23. 6. 1960 beigefügt.</p> <p>Hildesheim, den 17. 4. 1969</p> <p><i>Krause</i></p> <p>Oberratsmitglied</p> <p><i>Krause</i></p> <p>Erststadtdirektor</p>	<p>GENEHMIGT</p> <p>gem. § 13 des Bundesbaugesetzes vom 23. 6. 1960, (BGBI. I S. 241) nach Maßgabe meiner Verfügung vom heutigen Tage.</p> <p>24. 3. 1969 (83)</p> <p>24. 3. 69</p> <p>Hildesheim, den 24. 3. 1969</p> <p><i>Krause</i></p> <p>Regierungspräsident</p>	<p>Dieser Bebauungsplan mit Begründung liegt gemäß § 12 Bundesbaugesetz vom 23. 6. 1960 ab 14. 8. 1969 öffentlich aus.</p> <p>Die Genehmigung, Ort und Zeit der Auslegung sind gemäß § 12 Bundesbaugesetz am 14. 8. 1969 im Öffentlichen Anzeiger — nachrichtlich im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Hildesheim — bekanntgemacht worden.</p> <p>Hildesheim, den 14. 8. 1969</p> <p><i>Krause</i></p> <p>Stadtbaudirektor</p>